

# Entscheidung zum Religionsunterricht in Berlin

Die Kreissynode Berlin-Schöneberg äußert ihre große Besorgnis angesichts der politischen Diskussion und der sich verschärfenden Meinungsbildung zum Thema Religionsunterricht in Berlin.

Die Kreissynode stellt fest:

1.

Die im Grundgesetz verankerte positive Religionsfreiheit gebietet die gleichberechtigte Wahlmöglichkeit eines Faches Christliche Religion im Fächerkanon eines verpflichtenden Werteunterrichtes.

2.

Die sich dagegen abzeichnende politische Koalition von SPD, PDS und Grünen zugunsten eines staatlich verantworteten Ethik-Unterrichtes für alle („LER“ / „Interkulturelle Bildung“), schließt die Möglichkeit aus, den staatlichen Ethik-Unterricht zugunsten eines kirchlich verantworteten Religionsunterrichts abzuwählen.

Eine lediglich zugestandene christliche Unterweisung als freiwillige Arbeitsgemeinschaft am Nachmittag **bedeutete das Ende jeglichen Religionsunterrichts in den Schulen Berlins.**

Das Problem der Finanzierung – und der Streit darum – wäre damit hinfällig.

3.

Von den politisch vorgetragenen Konzepten genügt alleine das von Schulsenator Böger vertretene „Kooperationsmodell“ (Wahlmöglichkeit zwischen LER und bekenntnisorientiertem Werteunterricht) den Maßstäben, die das Bundesverfassungsgericht mit seiner Entscheidung in Sachen Land Brandenburg gesetzt hat.

Die Kreissynode fordert Kirchenleitung und Konsistorium auf, den Prozess ständiger öffentlicher Diskussion fortzuführen, um diese Position, wie auch gleichlautende Vorstellungen in CDU und FDP zu stärken, herauszufordern und mehrheitsfähig zu machen.

Zugleich ist öffentlich und mit aller Deutlichkeit auf die Konsequenzen des drohenden Abschieds vom Religionsunterricht in der Kulturlandschaft Deutschlands und seiner Hauptstadt Berlin hinzuweisen.

4.

Die Kreissynode ist sich bewusst, dass eine gesellschaftliche Bewegung dieser Art breiter Unterstützung bedarf, in erster Linie durch Menschen, die als Christen Raum für die Lehre eines lebendig bekannten Glaubens einfordern und die als Staatsbürger einer pluralistischen Demokratie anerkennen, dass sie im friedlichen Austausch mit anderen Kulturen und Religionen stehen.

Wenn es nicht auf allen Ebenen des kirchlichen wie gesellschaftlichen Lebens gelingt, die Christen dieser Stadt aus ihrer verbreiteten Indifferenz in Sachen Religionsunterricht zu wecken und kirchlich stärker Profil zu zeigen, wird auch die spürbare Gleichgültigkeit der Politik gegenüber der Kirche als gesellschaftlicher Kraft nicht aufzubrechen sein.

5.

Die Kreissynode begrüßt, unterstützt und ruft auf zu Initiativen aller Art (z. B. Postkartenaktion an Parteienvertreter, Transparente an Gemeindehäusern, Gespräche auf Elternabenden, Initiative „Notbund für den Religionsunterricht“, Pressekontakte etc.).

Eine breite gesellschaftliche Diskussion ist nötig.

Berlin, 12. März 2005